

Zentrale Arbeitsgruppe zur Versorgung psychisch kranker und suchtkranker Menschen in der Stadtgemeinde Bremen

Fachausschuss Allgemeinpsychiatrie

Protokoll der Sitzung am 01.09.2010

Teilnehmer/innen

Bernd Knies (Initiative...), Gerd Möhlenkamp (Gesundheitsamt Bremen), Jürgen Rohde (Sozialwerk der Freien Christengemeinde), Wolfgang Rust (Arbeiter-Samariter-Bund), H.-G.Behrens, A. Bohn (Ameos-Klinik Dr. Heines), Gabi Ravenborg (Innere Mission) Heidi Mergner (Initiative...), Anneliese Bauer, Steffi Hüsing (Bremer Werkgemeinschaft), Christa Rauwald (Behandlungszentrum Mitte), Sonja Lünzmann (Steuerungsstelle Psychiatrie), Martin Bührig (Behandlungszentrum Nord), Helmut Thiede (Gesellschaft für Ambulante Psychiatrische Dienste Gapsy), Siegfried Uberschär (Behandlungszentrum Süd), Detlef Tintelott

Entschuldigt: Albrecht Mauer, Gabriele Nawroth, Katrin Steengrafe, Joachim Heimler, Bernd Höppner, Tina Macholdt

Tagesordnung

Protokoll der Sitzung vom 02.06.2010	2
Weiterleitung von Gesamtplan und Bremer Hilfeplan BHP (Datenschutz)	2
Bericht der Steuerungsstelle 2009.....	2
Gender-Leitlinien	2
Landespsychiatrieplan	3
Zentralisierung der Begutachtung.....	4
Bedarf an intensiveren Betreuungsformen	4
Themenspeicher.....	5
Verschiedenes.....	5
Die nächsten Termine	6

Protokoll der Sitzung vom 02.06.2010

Verabschiedet.

Weiterleitung von Gesamtplan und Bremer Hilfeplan BHP (Datenschutz)

Die vorab verschickte, aus Sicht der Träger nach erfolgter Abstimmung endgültige Fassung kann heute nicht verabschiedet werden.

Frau Lünzmann informiert, dass es in der Steuerungsstelle die Überlegung gäbe, die Schweigepflichtentbindung eventuell doch in einfacherer Form und zusammen mit der bisher im persönlichen Antrag verwendeten.

Somit wird beschlossen, die Entscheidung auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Bericht der Steuerungsstelle 2009

In mehreren kurzen Stellungnahmen wird die Kontinuität in der Berichterstattung positiv hervorgehoben wodurch sich mehrjährige Entwicklung gut abbilden und beurteilen lassen.

Alle Leistungserbringer, deren Angebote Gegenstand des Berichtes sind, sollen bis zum 30.09.2010 ihre Rückmeldungen an die Steuerungsstelle schicken.

Diese wird die Reaktionen bündeln und darüber auf der nächsten Sitzung des Fachausschusses am 01.1.2010 berichten.

Gender-Leitlinien

Die Arbeitsgruppe hat auf ihrer letzten Sitzung den Entwurf verabschiedet und damit dem Fachausschuss zur Bewertung vorgelegt. Aufgrund fehlender Mitwirkung konnten keine männerspezifischen Leitlinien entwickelt werden.

Um Anhaltspunkte für die Beurteilung des Entwurfes zu haben, sollen vergleichbare Leitlinien aus anderen Bundesländern gesichtet werden.

Diese werden von Frau Mergner beschafft und über den Koordinator des Fachausschusses an alle Mitglieder weiter geleitet.

Um sich dem Thema angemessen widmen zu können, wird ein Sondertermin des Fachausschusses vereinbart:

Mittwoch, 06.10.2010, 8:30 – 10:30 Uhr im Gesundheitsamt, Konferenzraum

Landespsychiatrieplan

Der Plan war weder im Vorfeld noch nach seiner Vorstellung in der Deputation Fachgremien zur Beurteilung zugesandt worden. Zugleich ergaben Nachfragen, dass auch Leitungskräfte aus den verschiedenen Institutionen und das Gesundheitsamt den Bericht nur über Umwege (z.B. den Verteiler des Fachausschusses Allgemeinpsychiatrie oder der Regionalkonferenz) erhalten haben.

Weitere Fragen zum Verfahren:

Wie ist die lt. PsychKG vorgesehene Beteiligung des Psychiatrieausschusses erfolgt (der seit langer Zeit nicht einberufen worden war) ?

Ist der Bezug auf 5 Jahre alte kommunale Psychiatriepläne sinnvoll ? Welche Versuche gab es, die für die Begleitung der kommunalen Versorgung in Bremen und Bremerhaven zuständigen Fachgremien im Vorfeld einzubeziehen ?

Die Anfragen bezüglich des Verfahrens werden in einem Schreiben an das Gesundheitsressort zusammengestellt.

Hierzu wird bis zum 10.09.2010 ein Entwurf vorgelegt, der dann im Umlaufverfahren abgestimmt und danach verschickt wird.

Erste inhaltliche Reaktionen sehen in dem Plan eine unzeitgemäße Klinikzentrierung, einen im Widerspruch zum Prinzip „ambulant vor stationär“ stehenden Aufbau und eine ideologische Begriffsverwendung vor („komplementär“), aber auch (im Widerspruch dazu befindliche) stimmige und fortschrittliche Grundsatzaussagen.

Der Hinweis von Herrn Möhlenkamp auf den erheblichen personellen und zeitlichen Druck des federführenden Referates wird allgemein nicht akzeptiert, v.a. im Hinblick darauf, dass dieses der erste Landespsychiatrieplan nach 15 Jahren ist.

Es wird vereinbart, die inhaltlichen Aussagen in dem Plan in einer Sondersitzung des Fachausschusses zu behandeln.

Diese findet statt am

Mittwoch, 06.10.2010, 10:45 – 12:45 Uhr im Gesundheitsamt, Konferenzraum

Soweit es durch einzelne Träger oder die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG) vorher bereits Stellungnahmen für diese ausschussinterne Diskussion gibt, sollen diese über den Koordinator an alle Mitglieder verschickt werden.

Die Sitzung am 6. Oktober soll die Erstellung einer Stellungnahme des Fachausschusses ermöglichen. Diese wird dann der Gesundheitsbehörde zugeleitet.

Zur Sitzung am 1. Dezember soll dann ein/e Vertreter/in des Ressorts eingeladen werden, der/die die politische Verantwortung für den Plan und seine Umsetzung hat.

Zentralisierung der Begutachtung

Erstmals öffentlich in dieser Deutlichkeit wird im Landespsychiatrieplan eine Zentralisierung der Begutachtungen im Rahmen der Eingliederungshilfe empfohlen.

Nachfragen an die Steuerungsstelle in der Diskussion ergeben, dass es bereits eine Festlegung seitens des Ressorts gibt.

Demzufolge sollen ab 01.01.2011 alle Erstbegutachtungen (auch für die unmittelbar aus den Behandlungszentren in Eingliederungshilfemaßnahmen vermittelten Patienten/Klienten) zentral erfolgen.

Die anwesenden Vertreter/innen der Behandlungszentren weisen darauf hin, dass die Behandlungszentren hier andere Positionen hätten, die letztlich unberücksichtigt geblieben seien.

In allen Beiträgen wird die Herauslösung der Begutachtung aus regionalen Zusammenhängen kritisiert, die auf die Qualität zielenden Argumente im Landespsychiatrieplan als Diskriminierung bewertet. Der Hinweis ausgerechnet auf den medizinischen Dienst als Vorbild wird als Beleg dafür gesehen, dass über eine Standardisierung der Begutachtung die Berücksichtigung individueller Hilfebedarfe gerade nicht (wie im Psychiatrieplan behauptet) besser als bisher möglich sei.

Ein abgestimmter Vorschlag der Behandlungszentren zu einer anderen Form der (weiterhin regionalen) Begutachtung wird den Mitgliedern des Fachausschusses zugeleitet.

Die Leistungserbringer bereiten eine Stellungnahme vor. Das Mitte September stattfindende Medical Board in der Klinik wird ebenfalls dem Thema nochmals widmen.

Die Anwesenden sind sich einig, dass es weniger um Qualität geht, sondern darum, andere Möglichkeiten der Ausgabenreduzierung zu bekommen. Aus fachlicher Sicht sinnvollere Steuerungsinstrumente, v.a. eine regionale Budgetierung, seien bisher von der Behörde nicht ins Spiel gebracht worden.

Bedarf an intensiveren Betreuungsformen

Bei der letzten Sitzung war verabredet worden, dass den damals vorgetragenen anschaulichen Darstellungen einzelner Einrichtungen und einzelner Verläufe nunmehr eine umfassende Darstellung der Strukturdaten der auswärtigen Einrichtungen folgen müsse (Konzept, Personalstruktur, Preise). Das ist bisher nicht gelungen.

Nach Aussage von Herrn Möhlenkamp ist hierfür die Vertragsabteilung Ansprechpartner. Es soll nun versucht werden, die Daten von dort zu erhalten.

In der folgenden Diskussion wird der Feststellung von Herrn Möhlenkamp, aufgrund des Bedarfes sei eine Bremer Einrichtung sehr schnell voll und somit für den/die Träger auch kein wirtschaftliches Risiko, eine Differenzierung durch die Leistungserbringer entgegen gesetzt:

Eine Einbindung in regionale Angebotsstrukturen sei sinnvoll. Als besonders bedeutsam wird die ausreichende Finanzierung einer Unterstützung im Arbeitsbereich angeführt. Diese werde in der Bewertung der vermehrten Auswärtsunterbringungen immer wieder als konzeptioneller Vorteil dieser Einrichtungen hervorgehoben. Andererseits blockiere die zuständige Behörde die Versuche, in Bremen die in Niedersachsen üblichen tagesstrukturierenden Leistungstypen zu finanzieren, selbst bei Modellen, die so etwas ausgabenneutral durch Umschichtung realisieren wollen.

Durch Frau Ravenborg wird aufgrund der aktuellen Erfahrungen mit einer Trainings-Wohngemeinschaft auf Möglichkeiten aufmerksam gemacht, auch innerhalb des bisherigen System die notwendige Fluktuation in den Wohnheimen zu fördern (nachdem zuvor Herr Gallus für die Behandlungszentren nochmals darauf hingewiesen hatte, dass vielfach der Grund für eine Auswärtsunterbringung nicht vorrangig konzeptionell sei, sondern die in Bremen fehlende Platzkapazität). Ausgelagerte Wohnplätze (im Rahmen des Betreuten Wohnens) in unmittelbarer Nähe des Heimes (Modell ASB) könnten gleichfalls zu einer Problemlösung beitragen.

Die Leistungserbringer werden aufgefordert, ihre teilweise bereits vor Jahren eingereichten Vorschläge zu aktualisieren und erneut vorzubringen.

Themenspeicher

Es wurde daran erinnert, dass eine Bewertung des Berichtes der Besuchskommission noch nicht abgearbeitet ist.

Verschiedenes

Fortbildungsnetzwerk ("AG Neuroleptika")

Der Kontakt zum Bremer Fortbildungsnetzwerk hat noch nicht stattgefunden.

Es wird vereinbart, dass ein/e Vertreter/in dieser Gruppe in der nächsten Sitzung des Fachausschusses die Arbeit vorstellt. Ob sich daraus eine institutionelle Verbindung mit dem Fachausschuss (z.B. als Projektgruppe) ergeben soll, wird dann geprüft.

Frau Hüsing wird die Kontaktdaten zur Verfügung stellen.

Soteria

Herr Bührig erinnert an die Tagung im Behandlungszentrum Nord am 24. und 25. September. Der Flyer wird diesem Protokoll beigelegt.

Stepsy

Die Steuerungsstelle hat nach Auskunft von Frau Lünzmann den Ausstieg der Leistungserbringer mit teilweiseem Verständnis akzeptiert.

Der Plan einer flächendeckenden Einführung wird vorerst aufgeben. Es wird darüber nachgedacht, mit einzelnen Trägern modellartig das Projekt weiter durchzuführen.

Allerdings wurden die Freistellungen von Herr Müllerstedt und Herrn Löhr für das Projekt beendet. Um weiter arbeiten zu können, ist es notwendig, der bisher programmierenden Firma den Quellcode abzukaufen.

Die nächsten Termine

Mittwoch, 06.10.2010, 8:30 Uhr – 10:30 Uhr

Sondersitzung des Fachausschusses

Gender-Leitlinien

Mittwoch, 06.10.2010, 10:45 -12:45 Uhr

Sondersitzung des Fachausschusses

Landespsychiatrieplan

Mittwoch, 01.12.2010, 9:00 – 11:00 Uhr

Reguläre Sitzung des Fachausschusses

Themen:

Landespsychiatrieplan

Bericht der Steuerungsstelle

Vorstellung Fortbildungsnetzwerk/AG Neuroleptika

Evtl. Gender-Leitlinien (je nach Stand nach dem 06.10.)

Wolfgang Rust/02.09.2010